



Dringlicher Antrag

der Grünen – ALG

eingebraucht in der Gemeinderatssitzung vom 15. Dezember 2022

von

GR Tristan Ammerer

Betrifft: Solidarität mit den Protesten im Iran

In den letzten Wochen hat eine nie dagewesene Protestwelle den Iran erfasst. Nach der brutalen Ermordung einer jungen Frau, Masah Amini, die in den Augen der iranischen Sittenpolizei ihren Hijab „unpassend“ trug, begannen wochenlange Proteste. Diese Protestbewegung wird auch als erste „feministische Revolution“ bezeichnet, wurde sie doch gerade in den ersten Tagen vor allem von Frauen getragen. Die Videos, in denen Frauen sich ihren Hijab vom Kopf reißen und gelöst tanzend mit ihrem ganzen Körper zeigen, dass sie frei sind und sich nicht mehr unterdrücken lassen, gehen um die Welt.

Das Regime reagiert mit beispielloser Gewalt: Bei den Protesten wurden schon dutzende Menschen erschossen, gegen Frauen wird mit gezielter sexueller Gewalt vorgegangen, schockierende Berichte aus den Foltergefängnissen des Regimes belegen Massenvergewaltigungen. In vielen Städten des Landes wird wahllos mit scharfer Munition auf Menschen in den Straßen und in Häusern geschossen. Das Regime führt inzwischen einen Krieg gegen die eigene Bevölkerung.

Jetzt mag man fragen, inwieweit uns in der Grazer Kommunalpolitik diese Proteste betreffen. Die iranische Community in Graz ist eine der größten Diaspora-Communities in unserer Stadt. Schon in den 50er Jahren kamen Iraner:innen zum Studium nach Graz, in den folgenden Jahrzehnten viele auch als Geflüchtete vor Verfolgung und politischer Gewalt in ihrem Heimatland. Die Verzweiflung und Empörung innerhalb der iranischen Community aufgrund der schweren Menschenrechtsverletzungen und Repressionen ist groß, aber auch die Hoffnung auf Umbruch und Veränderung angesichts der ungeheuer mutigen und nicht nachlassenden Proteste.

In den letzten Wochen wurden von einigen jungen Iraner:innen in Graz immer wieder Demonstrationen unter dem Motto „Frau, Leben, Freiheit“ (die Parole der im Iran Protestierenden) organisiert. Auch die Stadt Graz widmete den Auftakt der 16-Tage gegen Gewalt an Frauen diesem Thema. Eine große Bitte aller in Graz lebenden Iraner:innen - manche von ihnen sind selbst aufgrund fehlender Frauenrechte

Die Grünen- Alternativliste Graz. Gemeinderatsklub. Rathaus. 3. Stock. Zimmer 360. 8011 Graz. Österreich



nach Europa emigriert – ist es, möglichst viele Menschen über die anhaltenden Proteste zu informieren. Das Regime geht mit tödlicher Brutalität gegen die Protestierenden vor, doch diese viele weitaus schlimmer aus, würde nicht international genau beobachtet werden, was im Iran geschieht.

Wie jedes diktatorische Regime ist auch jenes im Iran zutiefst korrupt: Viele Regimeangehörige bereichern sich und parken ihre Vermögen in Besitz in Europa. Die Kinder von Regimeangehörigen besuchen europäische Privatschulen und leben oft auch hier. Dies kann ein wirksamer Druckpunkt für Sanktionen sein. Gerade Wien ist hier eine beliebte Destination für Schergen des Regimes und deren Familien.

Der Menschenrechtsbeirat der Stadt Graz hat die Brutalität des Regimes gegen Protestierende bereits in klaren Worten verurteilt, nun soll auch der Gemeinderat als höchstes Organ der Menschenrechtsstadt Graz Position beziehen. Ich stelle daher namens der Grünen-ALG folgenden

Dringlichen Antrag

- 1 Der Gemeinderat der Menschenrechts- und Landeshauptstadt Graz verurteilt die brutale Gewalt des iranischen Regimes gegen Protestierende und erklärt sich mit den Protesten im Iran solidarisch.
- 2 Die zuständigen Abteilungen werden ersucht zu prüfen, welche Möglichkeiten es gibt, das Engagement der iranischen Community in Graz zu unterstützen bzw. öffentlich sichtbar zu machen und die Solidarität der Menschenrechtsstadt Graz mit den Protestierenden im Iran weiter zum Ausdruck zu bringen, wie beispielsweise durch Informationen in den stadteigenen Medien, Schulworkshops oder sichtbare Zeichen im öffentlichen Raum. Ein mündlicher Bericht zu den geplanten bzw. gesetzten Aktivitäten ergeht an den Ausschuss für Frauen, Gleichstellung, LGBTQI+ und Menschenrechte.
- 3 Die Bundesregierung, insbesondere Außenminister Schallenberg, wird auf dem Petitionsweg ersucht, aktiv Solidarität mit den Protesten im Iran zu bekunden und sich auf europäischer und UN-Ebene für zusätzliche Maßnahmen gegen Angehörige des iranischen Regimes und der sogenannten Revolutionsgarden einzusetzen, beispielsweise durch Einfrieren von in Europa investierten Vermögen von Regime-Funktionär*innen. Bei Asylanträgen von politisch Verfolgten soll die aktuelle, dramatische politische Situation im Iran entsprechend gewürdigt und möglichst rasch ein Schutzstatus zuerkannt werden.